

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

15.06.2019 /19.20-19.50 Uhr
16.06.2019 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Unsinnige Veteranen-Definition? Unmut bei Bundeswehr-Soldaten
- Schwierige G36-Nachfolge – Unrealistische Anforderungen an das künftige Sturmgewehr der Bundeswehr?
- Diskriminiert und bestraft – Schwule Soldaten in den südkoreanischen Streitkräften

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Die Themen in Schlagzeilen:

- Unsinnige Veteranen-Definition? Unmut bei Bundeswehr-Soldaten
- Schwierige G36-Nachfolge – Unrealistische Anforderungen an das künftige Sturmgewehr der Bundeswehr? Und:
- Diskriminiert und bestraft – Schwule Soldaten in den südkoreanischen Streitkräften

Wer ist ein Veteran und wer ist es nicht? Mehr als sechs Jahre lang hat die Bundeswehr damit gerungen, diese Frage zu klären. Zu Wort gemeldet haben sich bei dieser Diskussion auch Verbände, in denen sich aktive und ehemalige Soldaten organisiert haben – um Einfluss zu nehmen und ihre Interessen durchzusetzen. Im November hat dann Verteidigungsministerin von der Leyen endlich eine Entscheidung getroffen. Ihre Veteranen-Definition ist allerdings umstritten und stößt bei einem Teil der Soldaten auf Kritik. Julia Weigelt weiß mehr:

Manuskript Julia Weigelt

Der ehemalige Bundeswehr-Offizier Christian Weber hat kein großes Bedürfnis, ständig über seinen früheren Arbeitgeber zu sprechen – verheimlichen will er allerdings auch nicht, dass er früher in den Streitkräften gedient hat. Gespräche darüber empfindet Weber jedoch häufig als anstrengend:

O-Ton Weber

„Wenn man irgendwohin geht und sagt: Ich war bei der Bundeswehr, war in Mali, dann hört man als erstes, ob man irgendjemanden getötet hat. Oder die andere Gruppe weiß noch nicht mal, dass die Bundeswehr in Mali ist und denkt, man erzählt jetzt etwas von Bali.“

Mehr Verständnis und Anerkennung für Soldaten, vor allem für die, die im Auslandseinsatz waren – das wünschen sich außer Hauptmann a.D. Christian Weber viele weitere Bundeswehrangehörige. Dabei helfen soll der Status Veteran, um den in Deutschland jedoch seit Jahren eine emotionale Debatte geführt wird. Vorläufiger Höhepunkt: Die Definition von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vom November. Sie ordnete per Tagesbefehl an: Veteranen sind alle aktiven und alle ehrenhaft ausgeschiedenen Bundeswehrsoldaten. Das sind - je nach Schätzung - zwischen zehn und elf Millionen Deutsche. Ehemalige Soldaten der Nationen Volksarmee der DDR sind demnach keine Veteranen.

Hauptmann a.D. Weber, der auch zum Thema „deutsche Veteranen“ promoviert hat, kritisiert diese Festlegung:

O-Ton Weber

„Vor allen Dingen halte ich wenig von einer Definition, die alle Soldaten als Veteranen bezeichnet. Aus meiner Sicht entzieht sich das auch einer intuitiven Definition des Begriffs, wenn etwa ein 17-Jähriger, der zum ersten Mal den Fuß in eine Kaserne setzt, als Veteran gelten soll, genauso wie jemand, der schon Jahrzehnte in der Bundeswehr gedient hat und im Auslandseinsatz war. Ich glaube, am Ende ist es eine Nicht-Definition, die jede Festlegung vermeidet und am Ende elf Millionen aktive und ehemalige Soldaten zu Veteranen macht, die das auch selbst für sich gar nicht in Anspruch nehmen würden. Ich glaube, hier wurde eine Definition gefunden, die am eigentlichen Bedarf vorbeigeht.“

Auch andere ehemalige und aktive Soldaten sind unzufrieden mit dieser Festlegung. Aber die Verteidigungsministerin wollte wohl einen Schlussstrich unter eine seit Jahren andauernde Debatte ziehen.

Der frühere Verteidigungsminister Thomas de Maizière scheiterte in mehreren Anläufen, den Begriff Veteran offiziell zu definieren. 2012 hatte der CDU-Politiker zwar erklärt, Veteranen seien für ihn ehemalige Soldaten mit Einsatzbezug. Gleichzeitig besorgte das Verteidigungsministerium hoffnungsvoll 10.000 Veteranenabzeichen – doch die lagern bis heute in dunklen Kellern. Denn Thomas de Maizière konnte sich mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen. Es gab Bedenken, seine Definition könnte zu einer Spaltung der Bundeswehr führen – in Soldaten, die an Auslandseinsätzen teilgenommen haben, und Soldaten, die lediglich an Standorten in Deutschland ihren Dienst ausübten. Widerstand gab es u.a. vom Bundeswehrverband, der Interessenvertretung der Soldaten.

O-Ton Weber

„Ich glaube, ein wesentlicher Punkt war, dass sich die Interessensverbände nicht einigen konnten.“

Sagt der frühere Hauptmann Christian Weber.

O-Ton Weber

„Der Bund deutscher Einsatzveteranen hat gefordert, dass es nur Soldaten sein sollen, die auch tatsächlich im Auslandseinsatz eingesetzt waren. Der Bundeswehrverband wollte, dass alle Angehörige – das hat ja am Ende auch geklappt – als Veteranen gelten. Und beim Reservistenverband ging es darum, die ehemaligen Soldaten in den Vordergrund zu stellen und auch diejenigen nicht zu vergessen, die auch schon vor den Auslandseinsätzen in der Bundeswehr gedient haben.“

Der ehemalige Offizier fordert: Veteranen sollten alle ehemaligen Soldaten sein, die im Auslandseinsatz waren. Das seien in Deutschland rund 500.000 Männer und Frauen. Doch die Verteidigungsministerin hat sich für eine breite Definition entschieden, nach der praktisch jeder ehemalige und aktive Soldat ein Veteran ist. Doch die ist umstritten. Der Bund deutscher Einsatzveteranen ist damit nicht einverstanden, sagt deren Sprecher Jan-Philipp Krüger.

O-Ton Krüger

„Wir hätten gerne, dass alle ehemaligen Soldaten Veteranen sind, und alle ehemaligen Soldaten mit Einsatzerfahrung Einsatzveteranen sind.“

Anders der Reservistenverband. Er hat keine Probleme mit der ministeriell verordneten Definition. Fabian Forster, der beim Reservistenverband für das Thema Fürsorge zuständig ist, lobt:

O-Ton Forster

„Ich glaube, der wesentliche Vorteil an der jetzigen Definition ist, dass niemand ausgeschlossen wird. Niemand verliert etwas, alle gewinnen etwas.“

Forster ist zufrieden, dass sich die Bundeswehr jetzt endlich zu einer Definition durchringen konnte. Das sei aber keineswegs das Ende der Diskussion. Im Gegenteil. Es sei der Anfang. Denn für den Reservistenverband muss es jetzt als nächsten Schritt konkrete Maßnahmen für eine bessere Versorgung und mehr Anerkennung von Veteranen geben.

Der frühere Hauptmann Christian Weber glaubt allerdings, dass das Ministerium mit der Definition seinem Ziel, Soldaten mehr Anerkennung zu verschaffen, kaum näher gekommen ist. Denn es sei unklar, was jetzt nach der Definition passieren solle:

O-Ton Weber

„Das ist die große Frage, die jetzt noch offen ist. Auch, als diese Definition aus dem Nichts heraus verkündet wurde, war ja nicht klar, was damit erreicht werden soll.“

Beispiel Versorgung körperlich und seelisch verwundeter Soldaten: Zwar haben diese nach dem Ausscheiden aus den Streitkräften das Recht, dort auf Wunsch wieder eingestellt zu werden, sagt der ehemalige Offizier. Das garantiere finanzielle Sicherheit und ärztliche Versorgung.

O-Ton Weber

„Aber es gibt ja auch viele Soldaten, die sagen: Eigentlich möchte ich mit der Bundeswehr gar nichts mehr zu tun haben, weil das die Organisation ist, die mir das angetan hat. Und auch die Familien sagen: Wir wollen nicht, dass unser Mann, Freund, Vater wieder zur Bundeswehr geht. Und für die ist es tatsächlich schwer, außerhalb der Bundeswehr Hilfe zu bekommen.“

Damit verwundete Soldaten eine Rente und weitere Zahlungen bekommen, müssen sie beweisen, dass ihre Schädigung mit dem Dienst zusammenhängt. Jan-Philipp Krüger vom Bund deutscher Einsatzveteranen weiß: Solche Verfahren können lange dauern.

O-Ton Krüger

„Wir haben gerade einen Fall, wo sich das schon seit dreieinhalb Jahren hinzieht, dass diese Anerkennung überhaupt stattfindet. Und dazwischen gibt es halt keine Versorgung.“

Für Krüger ist klar:

O-Ton Krüger

„Fürsorge bedeutet auch Nachsorge, dass man weiß, wer im Einsatz war, dass man nachvollziehen kann, wo diese Leute in Deutschland sind, dass es so eine Art Datenbank gibt, dass man auch mal nachfragen kann: Sag mal, geht's dir gut oder geht's dir schlecht?“

Um die gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung der Soldaten zu verbessern, plädiert Jan-Philipp Krüger vom Bund deutscher Einsatzveteranen für die Einführung eines Veteranentages:

O-Ton Krüger

„...der aber nicht so sein soll, dass Paraden stattfinden, sondern, dass man das wie einen Bürgerdialog betreibt und dass man Aufklärung betreibt. Dass man zum Beispiel darüber spricht: Was hat man im Kosovo getan? Was hat man in Afghanistan getan? Dass man im Parlament eine Podiumsdiskussion macht.“

Auch der Reservistenverband setzt auf einen Veteranentag. Der Vorschlag ist nicht neu. Auch der frühere Verteidigungsminister de Maizière hatte so einen Tag bereits angeregt. Ein Veteranentag wäre zwar ein Symbol der Anerkennung – ob sich damit ein gesellschaftlicher Wandel erzielen ließe, ist jedoch fraglich. So gibt es bereits den Tag des Peacekeepers. Er wurde im Juni begangen. Bei den Feierlichkeiten wurden auch Soldaten geehrt. In der Öffentlichkeit fand diese Veranstaltung allerdings keine große Resonanz.

Das Anliegen der Veteranen ist, in der Öffentlichkeit sichtbar zu werden. Fabian Forster vom Reservistenverband erinnert in diesem Zusammenhang an eine weitere Idee seines Verbandes:

O-Ton Forster

„Eine Forderung von uns war die Einführung eines Veteranenabzeichens. Dabei geht es nicht um eine Auszeichnung im Sinne eines Ordens, davon gibt es in der Bundeswehr schon viele, sondern es geht darum, Personen, die in der Bundeswehr gedient haben, die also Veteran sind, die Möglichkeit zu geben, das öffentlich auch zu zeigen.“

Eine andere Aktion in Sachen Sichtbarkeit: Vergangenes Jahr veranstaltete der Verband der Reservisten einen Marsch nach Berlin, bei dem gefallener Bundeswehrsoldaten gedacht wurde. Die Aktion soll wiederholt werden.

Um weniger gegen - und mehr miteinander zu arbeiten, hat sich der Reservistenverband mit drei kleineren Vereinen zu einem sogenannten Veteranenrat zusammengetan. Die Erwartung ist, auf diese Weise zumindest den vorhandenen Gemeinsamkeiten mehr Nachdruck verleihen zu können. Der Bundeswehrverband, die Interessenvertretung der Soldaten, der sich mit seiner Forderung nach einem umfassenden Veteranenbegriff beim Verteidigungsministerium durchsetzen konnte, macht bei dem neuen Gremium nicht mit. Oberstabsfeldwebel a.D. Armin Komander vom Bundeswehrverband begründet das auf Nachfrage von NDR Info damit, dass der Verband sich bereits bei einem „Beraterkreis Veteranen“ des Verteidigungsministeriums engagiere. Eine Parallelorganisation zu etablieren, hält der Verband für nicht zielführend.

Hauptmann a.D. Christian Weber sieht sich selbst als Veteran. Um die Anerkennung und Wertschätzung für die Auslandseinsätze ehemaliger Soldaten zu steigern, wünscht er sich: Einsatzrückkehrer sollten in Berichten und TV-Krimis nicht so häufig als gewalttätige Durchgeknallte dargestellt werden, etwa beim „Tatort“ im Ersten:

O-Ton Weber

„Jedes Mal, wenn ein Soldat auftaucht, ist das jemand, der eine Schädigung in Afghanistan erlitten hat und anschließend Amok läuft.“

Die Realität sei jedoch eine andere: Laut Studien entwickeln nur drei Prozent aller Einsatzrückkehrer eine posttraumatische Belastungsstörung. Der Rest könne an den eindrücklichen Erlebnissen in Krisenregionen sogar wachsen – selbstbewusster werden oder den Luxus in Deutschland besser wertschätzen. Um das zu transportieren, könne es neben den vielen Polizeiserien im deutschen Fernsehen auch mal eine über die Bundeswehr geben, sagt der ehemalige Offizier.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Julia Weigelt.

Seit Ende der 1990er Jahre ist das Sturmgewehr G36 das Standardgewehr der Bundeswehr. Die Soldaten haben Vertrauen in diese Waffe. Aus ihrer Sicht hat sich das Gewehr bewährt, auch bei Auslandseinsätzen etwa in Afghanistan. Vor mehr als vier Jahren sorgte das G36 jedoch für Negativ-Schlagzeilen. Versuche hatten gezeigt, dass die Waffe bei Hitzeentwicklung deutlich an Treffgenauigkeit verliert. Plötzlich war in den Medien vom „Pannengewehr“ die Rede, sehr zum Verdruss der Soldaten und auch des G36-Herstellers Heckler & Koch.

Die Bundeswehr-Führung sah sich gezwungen, zu handeln. Vor allem Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wollte das Problem vom Tisch haben. Die CDU-Politikerin kündigte schließlich die Ausmusterung des Gewehrs an. Sie wartete erst gar nicht den Bericht einer zuvor eingesetzten Kommission ab, die untersuchen sollte, ob Bundeswehr-Soldaten im Gefecht Probleme mit dem G36 hatten und dadurch gefährdet wurden. Das war allerdings nicht der Fall.

Trotzdem: Die Truppe soll also ein neues Sturmgewehr bekommen. Der bürokratische Prozess für das Nachfolgemodell ist bereits angelaufen. Es zeichnet sich allerdings schon jetzt ab, dass die Soldaten möglicherweise auf die neue Waffe länger warten müssen als vorgesehen. Denn an der Ausschreibung gibt es Kritik. Björn Müller hat recherchiert, was dahinter steckt:

Manuskript Björn Müller

Zurzeit läuft das Ausschreibungsverfahren für ein neues Standard-Sturmgewehr der Bundeswehr. Das jetzige Modell G36 soll zügig ersetzt werden wegen vermeintlicher technischer Schwächen, wie die Treffgenauigkeit bei höheren Temperaturen. Das hatten Labortests ergeben. Verteidigungsministerin von der Leyen zog daraus 2015 Konsequenzen:

O-Ton von der Leyen

„Auf dieser Grundlage ist für mich der Schluss, dass das G36 in der heutigen Konstruktion keine Zukunft in der Bundeswehr hat.“

Die Zweifel an der Zuverlässigkeit der Waffe waren vor vier Jahren zum sogenannten „G36 Skandal“ eskaliert. Das Verteidigungsministerium und der G36-Hersteller Heckler & Koch lieferten sich einen erbitterten Kleinkrieg. Es ging um die Frage, ob das Unternehmen mit dem G36 eine Waffe geliefert hatte, die nicht den Anforderungen der Truppe entsprach. Das Ministerium verklagte Heckler & Koch sogar auf Schadenersatz; verlor jedoch den Gerichtsprozess. Trotzdem galt das G36 als nicht mehr zeitgemäße Waffe, die für alle Einsatzszenarien der Bundeswehr vom Baltikum, über Afrika bis Afghanistan geeignet war.

Seit 2017 läuft nun das Ausschreibungsverfahren für ein Nachfolge-Modell. Es sollen 120.000 Sturmgewehre beschafft werden – für 245 Millionen Euro. Doch auch um die G36-Nachfolge bahnt sich ein Konflikt an. Im Oktober wurde publik, dass alle eingereichten Sturmgewehre bei der Erprobung durch die Bundeswehr durchgefallen sind. Das Unternehmen Heckler & Koch, das sich ebenfalls um den Auftrag beworben hat, kritisierte in einem im vergangenen Monat bekanntgeworden Schreiben an das Verteidigungsministerium massiv die in der Ausschreibung genannten Kriterien. Die Botschaft des elfseitigen Briefs, über den die „WELT am Sonntag“ zuerst berichtet hatte: Es würden völlig unrealistische Anforderungen an das kommende Sturmgewehr gestellt. Sie würden zur Beschaffung einer Waffe führen, die den Bedürfnissen der Truppe nicht gerecht werde. Eine zentrale Rolle spielt das geforderte maximale Gewicht von 3,6 kg. Daniel Soudry, Fachanwalt für Vergaberecht im Verteidigungsbereich, gegenüber NDR Info:

O-Ton Soudry

„Und hier setzt der Vorwurf von Heckler & Koch an. Dass man sagt, entweder werden alle Anforderungen erfüllt und das Gewicht überschritten, oder das Gewicht wird eingehalten und die Anforderungen an die Nutzung der Waffen werden nicht erfüllt. Also mit anderen Worten eine Art 'Quadratur des Kreises'. Und das wäre dann so ein klassischer Fall, wenn das zutrifft, indem dann das Vergaberecht sagt, hier wird etwas gefordert, was von Bietern eigentlich nicht erfüllbar ist. Und so was lässt sich dann durchaus vergaberechtlich angreifen.“

Die Ausschreibung macht keine Vorgaben für das Kaliber des neuen Sturmgewehrs. Zulässig sind daher neben dem gebräuchlichen NATO-Standard-Kaliber 5,56 mm auch das größere Kaliber 7,62 mm. Glaubt man Heckler & Koch wäre dieses schwere Kaliber die einzig vernünftige Wahl für die kommende Waffe. Nur mit dem Kaliber 7,62 mm ließen sich die Bundeswehr-Anforderungen mit Blick auf die Durchschlagskraft und Präzision erfüllen; Das Problem ist allerdings, dass die neue Waffe nicht mehr als 3,6 Kilogramm wiegen darf. Diese Gewichtsvorgabe lässt sich nach Ansicht der Waffenherstellers offenbar nur mit dem kleineren Kaliber 5,56 mm erfüllen. Laut Heckler & Koch ist der Brief an das Verteidigungsministerium kein Rüge-Schreiben. Ein solches würde eine Klage vorbereiten. Warum aber dann die Intervention? Unternehmenssprecher Florian Bokermann sagte hierzu zu NDR Info:

O-Ton Bokermann

„Mit Blick auf die Ausschreibung zur Nachfolge des Gewehrs G36 sind wir unserer Verpflichtung als Fachfirma nachgekommen, unsere Kunden kompetent und umfassend bei der Auswahl des neu zu beschaffenden Sturmgewehrs zu beraten. Ziel dieser explizit technischen Information ist es, dass für die Soldatinnen und Soldaten eine überlegene Standardwaffe zur erfolgreichen Durchführung ihres Auftrages für alle realistischen Einsatzszenarien beschafft werden kann.“

Der Waffenersteller also klüger als die Experten der Bundeswehr? Nicht unbedingt. Heckler & Koch zielt mit dem Schreiben offenbar darauf ab, das Verteidigungsministerium zu bewegen, die Ausschreibung den Unternehmensvorstellungen anzupassen. Offensichtlich erfüllen die beiden Modelle, mit denen sich Heckler & Koch um den Großauftrag beworben hat - die Modelle HK433 und HK416 - nicht den von der Bundeswehr aufgestellten Anforderungskatalog. Beide Waffen haben das Kaliber 5,56 mm. Heckler & Koch fordert offenbar, die Gewichtsvorgabe von 3,6 kg für das neue Sturmgewehr zu lockern. Denn dann könnte das Unternehmen mit seinem Modell HK417 antre-

ten. Diese Waffe hat das Kaliber 7,62 und ist die schwere Version des HK 416, mit der sich Heckler & Koch an der Ausschreibung beteiligt hat, aber durchgefallen ist.

Klar ist: Unternehmen haben naturgemäß ein Interesse daran, ein Produkt zu verkaufen, das sie bereits entwickelt haben und wofür ihre Produktion bereits ausgelegt ist. Für Nachbesserungen und Neuentwicklungen müsste Heckler & Koch mit viel Geld in Vorleistung gehen, ohne sicher sein zu können, den Auftrag am Ende zu bekommen. Zumal die Firma laut Geschäftsbericht eine hohe Schuldenlast drückt.

Eine Änderung der Ausschreibung ist allerdings nicht in Sicht. Das zuständige Beschaffungsamt der Bundeswehr hält stattdessen eine Nachbesserung der eingereichten Sturmgewehre für machbar und erwartet sie auch. Ein Sprecher des Beschaffungsamts zu NDR Info - Zitat:

Zitat

„Die Forderungen zum Nachfolger des G36 sind anspruchsvoll, aber erfüllbar. Wir sind zuversichtlich, dass der Wettbewerb eine geeignete Waffe hervorbringen wird.“

Der Fachjournalist und Sachverständige für Handfeuerwaffen - Lars Winkelsdorf – sieht das allerdings anders. Er schlägt in dieselbe Kerbe wie Heckler & Koch:

O-Ton Winkelsdorf

„Also mir liegen zahlreiche Unterlagen vor; und tatsächlich ist es so, dass die Bundeswehr hier eine 'Eier-legende-Vollmilch-gebende-Vollblut-Rindsau' verlangt. Wir haben einerseits Forderungen nach Wirkung, nach weitreichender Präzision. Andererseits soll die Waffe möglichst leicht sein. Und hier sind zahlreiche physikalische Faktoren, die sich bereits gegenseitig ausschließen.“

Bei einer ersten Testphase waren dann auch tatsächlich alle eingereichten Waffen für den G36-Nachfolger durchgefallen, auch das HK416 von Heckler & Koch.

Irritierend ist jedoch: Frankreichs Armee beschafft gerade das bei der Bundeswehr gescheiterte HK416 als neues Standardgewehr. Einsatzorte und Szenari-

en von Deutschen und Franzosen gleichen sich seit geraumer Zeit immer mehr an – beide stehen von Afghanistan über Afrika bis ins Baltikum gemeinsam in Einsätzen. Zudem ist Frankreichs Konzept einer Interventionsarmee deutlich mehr auf Kampfeinsätze ausgerichtet, als das Konzept der Bundeswehr. Da wirkt es verwunderlich, dass eine Waffe, die den Franzosen genügt, bei der Bundeswehr sang und klanglos durchfällt.

Auf Nachfrage von NDR Info dazu heißt es aus dem Beschaffungamt der Bundeswehr nur - Zitat:

Zitat

„Die Anforderungen der französischen Streitkräfte an ihr neues Sturmgewehr unterscheiden sich signifikant von denen der Bundeswehr.“

Inzwischen läuft eine zweite Testreihe der Kandidaten zum G36-Nachfolger, die im Spätsommer abgeschlossen sein soll. Hierzu sollten die bietenden Unternehmen verbesserte Modelle einreichen. Heckler & Koch hat das offenbar nicht getan, sondern tritt anscheinend mit seinen bisherigen Modellen an und setzt auf eine Änderung der Sturmgewehr-Kriterien. Der andere, öffentlich bekannte, Mitbewerber – das Unternehmen Haenel – wollte sich gegenüber NDR Info nicht äußern.

Für Lars Winkelsdorf sind die Vorgaben der Bundeswehr-Ausschreibung nicht nur technisch unerfüllbar. Der Waffenexperte hält zugleich die ganze Konzeption des G36-Nachfolgers für völlig misslungen.

O-Ton Winkelsdorf

„Man sucht ein Gewehr als Werkzeug für alle infanteristischen Aufgaben in der Bundeswehr. Und hier wäre es tatsächlich sinnvoller, wenn die Bundeswehr ihren Soldaten eine gemeinsame Plattform zur Verfügung stellen würde. Hier hätte auf Ebene des Ministeriums selbst zunächst ein klarer Katalog entwickelt werden müssen, welche Waffensysteme überhaupt gebraucht werden für zukünftige Einsätze und vor allem für welche Truppenteile.“

Das hieße, statt möglichst viele Wünsche aus der Truppe an das kommende Sturmgewehr in ein Modell zu pressen, sollte die Bundeswehr aus den jeweiligen Einzelinteressen eine Gewehr-Plattform definieren. Daraus ließen sich dann sinnvolle Modell-Varianten für die jeweiligen Endnutzer, wie Fallschirmjä-

ger oder Soldaten des Seebataillons entwickeln und beschaffen. Der Fachmann für Handfeuerwaffen Lars Winkelsdorf:

O-Ton Winkelsdorf

„Beispiel wäre die amerikanische Waffenfamilie des M16, wo es zahlreiche verschiedene Versionen gibt. Von der Kurzvariante für Spezialkräfte bis hin zu Präzisionsgewehren. Aber auch auf russischer Seite sehen wir, dass von der Kalaschnikow zahlreiche Spezialversionen für Panzerbesatzungen, für Infanteristen und sogar als leichtes Maschinengewehr gefertigt werden.“

Doch die Bundeswehr will weiterhin ein neues extrem leistungsfähiges Standardgewehr für alle Soldaten beschaffen. Der Eindruck bleibt, wie bei vielen Rüstungsprojekten der Bundeswehr, wird einmal mehr eine Goldrandlösung angestrebt. Diese stünde im krassen Widerspruch zum Anspruch des Wehressorts unter Führung von Ursula von der Leyen, bei der Beschaffung pragmatischer vorzugehen, um so den Zulauf von Waffensystemen zu erleichtern. Ob sich die Anforderungen der Bundeswehr für das neue Sturmgewehr erfüllen lassen, muss sich erst noch zeigen. Klar ist offenbar schon jetzt: Die Beschaffung des G36-Nachfolgers wird sich in die Länge ziehen.

* * *

Flocken

Björn Müller über die Ausschreibung eines Nachfolgemodells für das umstrittene Sturmgewehr G36.

In Deutschland war Homosexualität lange eine Straftat. Erst vor 25 Jahren ist der berüchtigte Paragraph 175 gestrichen worden. Ein wichtiger Schritt für die Gesellschaft und damit auch für die Streitkräfte. Denn dort waren homosexuelle Neigungen lange Zeit ein Ausmusterungsgrund. Damit ist es inzwischen vorbei. Die sexuelle Orientierung soll keine Rolle mehr spielen. Schwule Soldaten dürfen in der Bundeswehr nicht mehr benachteiligt werden, auch nicht bei der Karriere.

Ganz anders sieht die Situation dagegen in vielen asiatischen Ländern aus. Dort werden Homosexuelle vielerorts weiterhin verfolgt und benachteiligt. Das

gilt insbesondere für den militärischen Bereich. Beispielsweise in Südkorea. Dort hat unsere Korrespondentin Kathrin Erdmann mit Betroffenen gesprochen:

Manuskript Kathrin Erdmann

Atmo Mitschnitte

Ein südkoreanischer Militär konfrontiert einen Rekruten damit, dass die Armee Belege über seine gleichgeschlechtliche Beziehung habe. Die Armee als Spitzel. Die Veröffentlichung dieser Mitschnitte durch eine Nichtregierungsorganisation für die Einhaltung der Menschenrechte in der Armee, sorgte vor zwei Jahren für einen Skandal in Südkorea.

Song-U macht derzeit noch seinen Wehrdienst. Der 21-Jährige ist bisexuell.

O-Ton Song-U (overvoice)

„Ich hatte damals wirklich Angst, denn ich stand kurz vor dem Militärdienst. Also habe ich kurz vorher alle meine Spuren im Netz über meine sexuelle Identität gelöscht, bestimmte Freunde aus meinem Facebook-Account gelöscht und Kommentare, die auf meine Bisexualität hindeuten könnten, entfernt.“

Dass er zu einem Gespräch mit dem ARD-Hörfunk bereit ist, zeugt von großem Mut, denn noch immer heißt es im südkoreanischen Militärrecht:

O-Ton Song-U (overvoice)

„Wenn zwei Soldaten Geschlechtsverkehr haben, kann dies bestraft werden.“

Und zwar mit bis zu zwei Jahren Gefängnis. Song-U hat deshalb bisher nur eine Vertrauensperson in seine sexuelle Identität eingeweiht. Er müsse ständig auf der Hut sein.

O-Ton Song-U (overvoice)

„Ich kann mich einfach nicht so geben, wie ich bin, muss meine Persönlichkeit verstecken, damit die Truppe mich nicht isoliert. Ich möchte nicht das schwarze Schaf sein. Anfangs hatte ich auch einen Freund draußen, und jedes Mal, wenn ich mit ihm sprechen wollte, musste ich erst gucken, ob jemand zuhören könnte und mir eine ruhige Ecke suchen.“

Ein Gefühl, das Su-Chol kennt. Der 22-jährige Student ist schwul. Sein Wehrdienst endete vor zwei Jahren. Doch noch immer zittern seine Hände, wenn er über diese Zeit spricht.

O-Ton Su-Chol (overvoice)

„Es war hart für mich, zum Beispiel, wenn wir abends Fernsehen geguckt haben. Da waren dann diese ganzen Shows mit Frauen, über die sie geredet haben, und ich musste da auch Sprüche reißen und Geschichten erfinden, um nicht aufzufallen.“

Immer mit einer Lüge zu leben, fiel ihm schwer und lange dachte er, er sei sicher.

O-Ton Su-Chol (overvoice)

„Aber dann habe ich gemerkt, dass sie die Briefe, die ich mit meinem Freund ausgetauscht habe, gelesen haben. Also wussten sie, dass ich homosexuell bin.“

Oft wurden anschließend Witze über Schwule gemacht, wenn er in der Nähe stand. Erst am Ende seiner Dienstzeit fasst sich Su-Chol jedoch ein Herz und beschwerte sich bei dem zuständigen Vorgesetzten über den Umgang mit Schwulen in der Armee.

Atmo Musik

Kim Hyung Nam hat großen Respekt vor Su-Chol – denn sich zu beschweren, trauen sich nur die wenigsten. Er setzt sich mit seiner Nichtregierungsorganisation für die Einhaltung der Menschenrechte in der südkoreanischen Armee ein. Nach seinen Informationen ermittelt die Armee derzeit gegen 50 Soldaten wegen ihrer sexuellen Orientierung, die Hälfte davon berät auch Kim Hyung Nam. Dass das Militär sich weiterhin so vehement gegen gleichgeschlechtliche Beziehungen wehrt, führt er auf eine einfache Tatsache zurück:

O-Ton Kim Hyung Nam (overvoice)

„In der südkoreanischen Armee gibt es viele hochrangige Mitglieder, die christlich sind. Mit dem Thema Homosexualität versuchen sie, Stimmung zu machen.“

Etwa ein Drittel der Südkoreaner sind Christen, Liebe gibt es in ihrem Weltbild nur zwischen Mann und Frau.

Kim Hyung Nam (overvoice)

„In ihren Gottesdiensten wird oft gepredigt: Wer gegen Schwule ist, kommt in den Himmel.“

Die Kirche versuche auch, massiv politisch Einfluss auf Abgeordnete zu nehmen:

O-Ton Kim Hyung Nam (overvoice)

„Wenn ein Abgeordneter öffentlich sagt, dass er Homosexuelle unterstützt, werden die Christen ihn massiv unter Druck setzen, ihn mit Hassmails und Telefonanrufen torpedieren, so dass er gar nicht mehr arbeiten kann.“

Selbst Moon Jae-In, heutiger Präsident von Südkorea und früherer Menschenrechtsanwalt, machte sich 2017 im Wahlkampf nicht für gleichgeschlechtliche Liebe stark – in einer Fernsehdebatte ist ihm das Thema damals sichtlich unangenehm:

Atmo Fernsehdebatte

Auf die Frage, ob er gegen Homosexualität sei, antwortet Moon, er möge sie nicht. Der Moderator hakt nach: Ich will aber wissen, ob sie dafür oder dagegen sind. Moon darauf: ich bin nicht für eine Gleichstellung.

Wie stark die Lobby ist, konnte man gut im vergangenen Sommer sehen. Innerhalb weniger Tage hatten mehr als 200.000 Südkoreaner eine Petition gegen die - so wörtlich - „schreckliche Gay Pride Parade“ in Seoul unterzeichnet. Darin heißt es – Zitat: „Wir haben nichts gegen sexuelle Minderheiten, aber die Plaza in Seoul gehört allen Bürgern.“

Menschenrechtsgruppen haben allerdings Hoffnung: Noch in diesem Jahr könnte ein Gericht entscheiden, ob das Verbot der Homosexualität beim Militär gegen die Verfassung verstößt.

Das südkoreanische Verteidigungsministerium wollte zum Umgang mit Homosexuellen in der Armee trotz mehrmaliger Anfrage des ARD-Hörfunks weder mündlich noch schriftlich Stellung nehmen.

* * *

Flocken

Soweit Kathrin Erdmann.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter ndr.de/streitkraefte. Unter dieser Adresse können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.